

Antrag an die Studentische Vollversammlung vom 14.12.2016

Antragsinhalt:

*Die Vollversammlung möge beschließen,
den neuen Rahmenvertrag der zwischen Bund, Ländern und VG Wort besteht öffentlich abzulehnen
und weiter auf eine vertragliche Einigung mit einer Pauschalzahlung zu bestehen. Sollte es zu
keiner Einigung im Sinne einer Pauschalabrechnung kommen, fordert die VV, dass die
Mehrkosten, die durch den Unirahmenvertrag verursacht werden, vom Land getragen werden.*

Begründung (aus der Präsentation):

- *Zur Bereitstellung von Onlineressourcen besteht ein Vertrag zwischen VG Wort, Bund und Ländern.*
- *Neuer Vertrag (gültig ab 2017):*
 - *Texte werden einzeln abgerechnet statt pauschal*
 - *Die Universitäten müssen die Abgaben zahlen statt den Ländern*
- *Viele Universitäten (auch Freiburg) unterschreiben den Vertrag nicht:*
 - *Finanzielle Belastung*
 - *Administrativer Mehraufwand*
 - *Der Zugriff auf Begleitliteratur in Ilias wird eingeschränkt*
 - *Lehre und Studium werden vor die Digitalisierung zurückgeworfen*